

**No. 54576\***

---

**Switzerland  
and  
Liechtenstein**

**Agreement on direct insurance between the Swiss Confederation and the Principality of Liechtenstein (with annex). Bern, 19 December 1996**

**Entry into force:** 19 July 1998 by the exchange of the instruments of ratification, in accordance with article 15

**Authentic text:** German

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** Switzerland, 20 July 2017

**Note:** See also annex A, No. 54576.

*\*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

---

**Suisse  
et  
Liechtenstein**

**Accord sur l'assurance directe entre la Confédération suisse et la Principauté du Liechtenstein (avec annexe). Berne, 19 décembre 1996**

**Entrée en vigueur :** 19 juillet 1998 par l'échange des instruments de ratification, conformément à l'article 15

**Texte authentique :** allemand

**Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies :** Suisse, 20 juillet 2017

**Note :** Voir aussi annexe A, No. 54576.

*\*Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen zwischen  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
und  
dem Fürstentum Liechtenstein  
betreffend die Direktversicherung**

*Der Schweizerische Bundesrat und Seine Durchlaucht der Regierende Fürst von und zu Liechtenstein,*

eingedenk der freundschaftlichen, engen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein,

gewillt, die im Versicherungsbereich zwischen den beiden Vertragsparteien bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zu festigen und unter Wahrung gerechter Wettbewerbsbedingungen die harmonische Entwicklung dieser Beziehungen zu fördern, unter Gewährleistung des Schutzes der Versicherten,

angesichts der Tatsache, dass Liechtenstein seit dem 1. Mai 1995 am Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) teilnimmt und auf den 1. Januar 1996 ein Versicherungsaufsichtsgesetz (VersAG) in Kraft gesetzt hat,

angesichts der, unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Abkommens, bestehenden Gleichwertigkeit des Aufsichtsrechts im Bereich der Direktversicherungen der Schweiz und Liechtensteins,

entschlossen, die Hemmnisse für die Aufnahme und Ausübung des direkten Versicherungsgeschäftes in den Hoheitsgebieten der Schweiz und Liechtensteins auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der Nichtdiskriminierung zu beseitigen und damit zwischen den beiden Staaten und beschränkt auf das beiderseitige Staatsgebiet die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit herzustellen,

sind übereingekommen, in Verfolgung dieser Ziele das vorliegende Abkommen zu schliessen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Schweizerische Bundesrat:  
Jean-Pascal Delamuraz, Bundespräsident

Seine Durchlaucht der Regierende Fürst von und zu Liechtenstein:  
Michael Ritter, Regierungsrat

die nach Bekanntgabe ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten vereinbart haben:

## A. Grundbestimmungen

### Art. 1

#### *Ziel des Abkommens*

Das Abkommen soll auf der Basis der Gegenseitigkeit die Bedingungen regeln, die erforderlich und hinreichend sind, um Versicherungsunternehmen, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben, die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit bei der Direktversicherungstätigkeit im Gebiet der anderen Vertragspartei zu ermöglichen.

### Art. 2

#### *Sachlicher Geltungsbereich*

Dieses Abkommen findet Anwendung auf Versicherungsunternehmen im Bereich der Direktversicherung, deren Sitz sich im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien befindet und die nach Massgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Aufsicht über die privaten Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsicht) unterliegen.

### Art. 3

#### *Räumlicher Geltungsbereich*

Dieses Abkommen gilt für das Gebiet der Schweiz und Liechtensteins.

## **B. Zulassungs- und Ausübungsbedingungen**

### *Art. 4*

#### *Feststellung der Gleichwertigkeit*

1) Die Vertragsparteien erklären übereinstimmend, dass ihre Rechtsordnungen im Bereich des Versicherungsaufsichtsrechts, unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Abkommens, gleichwertige Regelungen enthalten in bezug auf

- a) den Schutz der Versicherten;
- b) die Zulassung und Ausübung der Geschäftstätigkeit durch Direktversicherungsunternehmen;
- c) die Kontrolle der Geschäftstätigkeit der privaten Versicherungsunternehmen durch die Versicherungsaufsichtsbehörde;
- d) die gesetzlich vorgesehenen Massnahmen im Falle von Insolvenz, Verstössen gegen Rechtsnormen und amtliche Anordnungen und bei sonstigen Unregelmässigkeiten in der Geschäftstätigkeit der privaten Versicherungsunternehmen.

2) Diese Feststellung gilt für den Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens. Sie ist bei jeder Änderung des innerstaatlichen Rechts gemäss dem Verfahren von Artikel 11 zu überprüfen.

### *Art. 5*

#### *Sitzlandprinzip*

1) Versicherungsunternehmen mit Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei dürfen das Versicherungsgeschäft im Gebiet der anderen Vertragspartei durch eine Niederlassung oder im Dienstleistungsverkehr betreiben.

2) Die zur Ergänzung des innerstaatlichen Rechts notwendigen Bedingungen sind im Anhang konkretisiert.

*Art. 6*

*Anwendung innerstaatlichen Rechts*

Das innerstaatliche Recht der Vertragsparteien wird angewandt auf Sachverhalte, die nicht unter dieses Abkommen fallen, sowie auf Fragen, die zu den unter dieses Abkommen fallenden Sachverhalten gehören, sofern sie von diesem Abkommen nicht geregelt werden.

## C. Vollzug des Abkommens

### Art. 7

#### *Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden*

- 1) Die Versicherungsaufsichtsbehörden der Vertragsparteien arbeiten bei der Durchführung der Versicherungsaufsicht in direkter Kontaktnahme zusammen.
- 2) Sie übermitteln einander alle Unterlagen und Auskünfte, die für die Ausübung der Aufsicht zweckdienlich sind, und verpflichten sich, die ausgetauschten Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufsichtsaufgabe zu verwenden.
- 3) Die Aufsichtsbehörden sind nicht verpflichtet, Informationen zu übermitteln, mit denen ein Geschäftsgeheimnis des betreffenden Versicherungsunternehmens offengelegt würde oder deren Übermittlung gegen die öffentliche Ordnung verstiesse.

### Art. 8

#### *Gemischte Kommission*

- 1) Es wird eine Gemischte Kommission aus Vertretern der Vertragsparteien eingesetzt, die mit der Durchführung des Abkommens beauftragt ist und in den im Abkommen vorgesehenen Fällen Entscheidungen trifft. Die Kommission handelt in gemeinsamem Einvernehmen.
- 2) Zur reibungslosen Durchführung des Abkommens tauschen die Vertragsparteien Informationen aus und führen auf Antrag einer Vertragspartei in der Gemischten Kommission Konsultationen durch.
- 3) Die Gemischte Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.
- 4) Der Vorsitz in der Gemischten Kommission wird nach Massgabe der Geschäftsordnung von den beiden Vertragsparteien abwechselnd wahrgenommen. Die Gemischte Kommission wird von ihrem Vorsitzenden auf Antrag einer Vertragspartei und nach Massgabe ihrer Geschäftsordnung zu einer Sitzung einberufen, so oft dies erforderlich ist.
- 5) Die Gemischte Kommission kann Arbeitsgruppen einsetzen, die sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen.

Art. 9

*Beilegung von Streitigkeiten*

1) Kommt es zwischen den Vertragsparteien zu einer Streitigkeit über die Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens und lässt sich diese Streitigkeit weder durch die in Artikel 7 vorgesehene Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden noch durch die Gemischte Kommission gemäss Artikel 8 beilegen, so konsultieren sich die Vertragsparteien auf diplomatischem Wege.

2) Kann die Streitigkeit auch auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag der einen oder anderen der Vertragsparteien vor ein aus drei Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht gebracht. Dieses Schiedsgericht kann frühestens sechs Monate nach der ersten Befassung der in Artikel 8 erwähnten Gemischten Kommission angerufen werden, es sei denn, die Vertragsparteien beschliessen im gemeinsamen Einvernehmen, ihre Streitigkeit vor Ablauf dieser Frist vor das erwähnte Schiedsgericht zu bringen. Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter. Die beiden bestellten Schiedsrichter wählen einen Obmann, der nicht Staatsangehöriger der Schweiz oder Liechtensteins sein darf.

3) Bestellt eine der Vertragsparteien keinen Schiedsrichter und kommt sie der von der anderen Partei an sie gerichteten Aufforderung nicht nach, diese Bestellung innerhalb von zwei Monaten vorzunehmen, so wird der Schiedsrichter auf Antrag der letztgenannten Partei vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

4) Können sich die beiden Schiedsrichter innerhalb von zwei Monaten nach ihrer Bestellung nicht auf die Wahl eines Obmanns einigen, so wird dieser auf Antrag einer der Parteien vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

5) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes in den in den Absätzen 3 und 4 dieses Artikels vorgesehenen Fällen verhindert oder ist er Staatsangehöriger der Schweiz oder Liechtensteins, so werden die Ernennungen vom Vizepräsidenten vorgenommen. Ist dieser verhindert oder ist er Staatsangehöriger der Schweiz oder Liechtensteins, so werden die Ernennungen vom ältesten Mitglied des Gerichtshofes vorgenommen, das nicht Staatsangehöriger der Schweiz oder Liechtensteins ist.

6) Soweit die Vertragsparteien nichts anderes beschliessen, legt das Schiedsgericht seine Verfahrensregeln selber fest. Es trifft seine Entscheidungen mit Stimmenmehrheit.

7) Diese Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die Vertragsparteien bindend.



## D. Schlussbestimmungen

### Art. 10

#### *Drittlandbeziehungen*

Dieses Abkommen ändert nichts am Verhältnis der Versicherungsunternehmen mit Sitz im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien zu den Ländern der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes sowie zu anderen Staaten und umgekehrt.

### Art. 11

#### *Entwicklung der innerstaatlichen Rechtsordnung*

1) Dieses Abkommen berührt nicht das Recht der Vertragsparteien, unter Beachtung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung und nach Unterrichtung der anderen Vertragspartei, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften in den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen zu ändern.

2) Jede Vertragspartei informiert die andere Vertragspartei über die Gemischte Kommission möglichst frühzeitig, spätestens aber zwei Monate vor dem Inkrafttreten, über vorgesehene Änderungen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften in den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen.

3) Die Gemischte Kommission untersucht die Auswirkungen solcher Änderungen auf das gute Funktionieren dieses Abkommens. Die Gemischte Kommission empfiehlt allfällige Änderungen des Abkommens und beschliesst gegebenenfalls Änderungen des Anhangs dieses Abkommens. Diese Beschlüsse sind durch den Austausch diplomatischer Noten zu bestätigen.

### Art. 12

#### *Revision des Abkommens*

Wünscht eine Vertragspartei eine Revision dieses Abkommens, so richtet sie an die andere Vertragspartei den Antrag, diesbezügliche Verhandlungen zu eröffnen. Dieser Antrag wird auf diplomatischem Wege übermittelt.

Art. 13

*Kündigung des Abkommens*

Jede Vertragspartei kann das Abkommen jederzeit durch Notifizierung an die andere Vertragspartei kündigen. Dieses Abkommen tritt zwölf Monate nach dem Zeitpunkt dieser Notifikation ausser Kraft.

Art. 14

*Anhang*

Der diesem Abkommen beigelegte Anhang ist Bestandteil des Abkommens.

Art. 15

*Inkrafttreten*

1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Bern ausgetauscht.

2) Dieses Abkommen tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

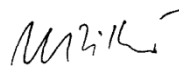
Geschehen in Bern, in doppelter Ausfertigung in deutscher Sprache am 19. Dezember 1996.

Für die  
Schweizerische Eidgenossenschaft:



Jean-Pascal Delamuraz

Für das  
Fürstentum Liechtenstein:



Michael Ritter

## **Anhang: Aufsicht nach dem Sitzlandprinzip**

### ***I. Allgemeines***

#### ***1. Bewilligung***

Die von einer Vertragspartei für die Versicherungstätigkeit erteilte Bewilligung gilt für das Gebiet beider Vertragsparteien, sofern nachfolgende Bedingungen erfüllt sind.

#### ***2. Definitionen***

<sup>1</sup> Sitzland im Sinne dieses Abkommens ist die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet ein Versicherungsunternehmen seinen Sitz hat.

<sup>2</sup> Tätigkeitsland im Sinne dieses Abkommens ist die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet ein Versicherungsunternehmen auf dem Wege des Dienstleistungsverkehrs oder über eine Niederlassung tätig ist, ohne dass es in diesem Land seinen Sitz hat.

<sup>3</sup> Niederlassung im Sinne dieses Abkommens ist eine Agentur, eine Zweigniederlassung oder ein Büro, das von eigenem Personal des Versicherungsunternehmens geführt wird, oder von einer unabhängigen Person im Auftrag des Versicherungsunternehmens wie eine Agentur auf Dauer geführt wird.

<sup>4</sup> Dienstleistungsverkehr im Sinne dieses Abkommens liegt vor, wenn ein Versicherungsunternehmen vom Sitzland aus Risiken deckt, die im Gebiet der andern Vertragspartei belegen sind, ohne dass das Unternehmen dort von einer Niederlassung Gebrauch macht.

<sup>5</sup> Liechtensteinische Versicherungsunternehmen im Sinne dieses Abkommens sind Versicherungsunternehmen mit Sitz in Liechtenstein.

<sup>6</sup> Schweizerische Versicherungsunternehmen im Sinne dieses Abkommens sind Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Schweiz.

#### ***3. Alleinige Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde des Sitzlandes***

<sup>1</sup> Die Finanzaufsicht über ein Versicherungsunternehmen, einschliesslich der Tätigkeiten, die es über Niederlassungen und im Dienstleistungsverkehr ausübt, liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde des Sitzlandes.

<sup>2</sup> Die Finanzaufsicht umfasst, bezogen auf die gesamte Geschäftstätigkeit des Versicherungsunternehmens, insbesondere die Prüfung seiner Solvabilität und die

Prüfung der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen und der Vermögenswerte zu deren Bedeckung.

#### **4. Inspektionen vor Ort**

<sup>1</sup> Die Aufsichtsbehörde des Sitzlandes kann - nach vorheriger Unterrichtung der Aufsichtsbehörde des Tätigkeitslandes - selbst oder durch ihre Beauftragten Inspektionen vor Ort vornehmen, die zur Ausübung ihrer Finanzaufsicht über die ihr unterstehenden Unternehmen notwendig sind.

<sup>2</sup> Die Aufsichtsbehörde des Tätigkeitslandes kann sich an diesen Inspektionen beteiligen.

#### **5. Versicherungstechnische Rückstellungen**

Jedes Versicherungsunternehmen muss für seine Geschäftstätigkeit in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien ausreichende versicherungstechnische Rückstellungen bilden und diese durch Vermögenswerte bedecken.

#### **6. Sichernde Massnahmen**

Die im Aufsichtsrecht einer Vertragspartei vorgesehenen sichernden Massnahmen finden auch Anwendung, wenn Versicherte der andern Vertragspartei betroffen sind.

#### **7. Bestandesübertragung**

<sup>1</sup> Überträgt ein Versicherungsunternehmen ganz oder teilweise einen Bestand an Versicherungsverträgen, die es im Tätigkeitsland durch eine Niederlassung oder im Dienstleistungsverkehr abgeschlossen hat, auf ein Versicherungsunternehmen des Tätigkeitslands, so ist lediglich die Genehmigung der Aufsichtsbehörde des Sitzlandes erforderlich.

<sup>2</sup> Die Genehmigung wird erteilt, wenn durch eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde des Tätigkeitslandes der Nachweis erbracht wird, dass das übernehmende Versicherungsunternehmen nach der Übertragung Eigenmittel in Höhe der Solvabilitäts-spanne besitzt, und wenn die Interessen der Versicherten gewahrt sind.

**8. Missachtung der Rechtsvorschriften des Tätigkeitslandes**

<sup>1</sup> Falls ein Versicherungsunternehmen die Rechtsvorschriften des Tätigkeitslandes nicht einhält, fordert die Aufsichtsbehörde des Sitzlandes auf Verlangen der Aufsichtsbehörde des Tätigkeitslandes das Versicherungsunternehmen mit allen geeigneten Massnahmen auf, die Unregelmässigkeiten einzustellen.

<sup>2</sup> Bei anhaltenden Verstössen kann die Aufsichtsbehörde des Tätigkeitslandes nach Unterrichtung der Aufsichtsbehörde des Sitzlandes dem Versicherungsunternehmen im Tätigkeitsland die weitere Geschäftstätigkeit untersagen sowie alle erforderlichen Massnahmen anordnen.

## **II. Geschäftstätigkeit der schweizerischen Versicherungsunternehmen in Liechtenstein**

### **A. Grundsatz**

Schweizerische Versicherungsunternehmen dürfen das Versicherungsgeschäft in Liechtenstein durch eine Niederlassung oder im Dienstleistungsverkehr gemäss den nachfolgenden Bestimmungen ohne zusätzliche Bewilligung betreiben. Sie unterstehen in Liechtenstein den gleichen Bestimmungen wie die Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem EWR-Staat.

### **B. Niederlassung**

#### **1. Voraussetzungen der Geschäftstätigkeit in Liechtenstein**

<sup>1</sup> Das Versicherungsunternehmen hat der schweizerischen Aufsichtsbehörde die beabsichtigte Errichtung einer Niederlassung in Liechtenstein anzuzeigen.

<sup>2</sup> Diese Anzeige muss enthalten:

- a) Angaben darüber, welche Versicherungszweige betrieben und welche Risiken eines Versicherungszweiges gedeckt werden sollen, unter Bezeichnung des Versicherungsschutzes;
- b) Schätzungen für die ersten drei Geschäftsjahre in bezug auf Provisionsaufwendungen und sonstige Verwaltungskosten, Prämieinnahmen, Aufwendungen für Versicherungsfälle und die Liquiditätsslage;
- c) Darlegungen für die ersten drei Geschäftsjahre betreffend die finanziellen Mittel, die zur Deckung der Verpflichtungen und der Solvabilitätsspanne zur Verfügung stehen;
- d) voraussichtliche Kosten für den Aufbau der Verwaltung und des Vertreternetzes sowie die dafür bereitstehenden Mittel (Organisationsfonds);
- e) Angaben über die Organisationsstruktur der Niederlassung;
- f) Name des vorgesehenen Generalbevollmächtigten, der mit ausreichender Vollmacht versehen ist;
- g) Name und Anschrift der Niederlassung;
- h) Vorlage einer Erklärung, wonach das Unternehmen in Liechtenstein Mitglied des nationalen Versicherungsbüros und des nationalen Garantiefonds geworden ist, sofern es die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung zu tätigen beabsichtigt.

## **2. Verfahren**

<sup>1</sup> Die schweizerische Aufsichtsbehörde prüft innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Eingang der vorerwähnten Angaben neben der rechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens die Angemessenheit der Verwaltungsstrukturen und die Finanzlage des Unternehmens sowie die Erfüllung der Voraussetzungen betreffend den Generalbevollmächtigten und die Geschäftsleitung.

<sup>2</sup> Bei Unbedenklichkeit teilt sie der liechtensteinischen Aufsichtsbehörde unter den gleichen Bedingungen die gleichen Angaben und Bestätigungen mit wie die Aufsichtsbehörden der EWR-Länder.

<sup>3</sup> Änderungen der erwähnten Angaben hat das Versicherungsunternehmen der schweizerischen Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor deren Durchführung schriftlich mitzuteilen.

## **C. Dienstleistungsverkehr**

### **1. Bewilligung**

<sup>1</sup> Will ein Versicherungsunternehmen im Dienstleistungsverkehr tätig werden, so hat es dies der schweizerischen Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Gleichzeitig ist anzugeben, welche Versicherungszweige in Liechtenstein betrieben und welche Risiken gedeckt werden sollen.

<sup>2</sup> Die schweizerische Aufsichtsbehörde prüft innerhalb eines Monats nach Eingang der erforderlichen Angaben die rechtliche Zulässigkeit des Vorhabens.

<sup>3</sup> Bei Unbedenklichkeit teilt sie der liechtensteinischen Aufsichtsbehörde unter den gleichen Bedingungen die gleichen Angaben und Bestätigungen mit wie die Aufsichtsbehörden der EWR-Länder.

### **2. Berichterstattung**

Jedes Versicherungsunternehmen muss der schweizerischen Aufsichtsbehörde für im Dienstleistungsverkehr abgeschlossene Geschäfte nach Versicherungszweig Bericht erstatten. Die schweizerische Aufsichtsbehörde teilt diese Angaben auf Antrag hin der liechtensteinischen Aufsichtsbehörde mit.

### **III. Geschäftstätigkeit der liechtensteinischen Versicherungsunternehmen in der Schweiz**

#### **A. Allgemeine Bestimmungen**

##### **1. Grundsatz**

Liechtensteinische Versicherungsunternehmen dürfen das Versicherungsgeschäft in der Schweiz durch eine Niederlassung oder im Dienstleistungsverkehr ohne zusätzliche Bewilligung betreiben, sofern die nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind.

##### **2. Kundeninformation**

Die liechtensteinischen Versicherungsunternehmen unterliegen in der Schweiz den gleichen Mitteilungspflichten wie in Liechtenstein.

##### **3. Bewilligungsentzug**

Ein Versicherungsunternehmen muss der schweizerischen Aufsichtsbehörde unverzüglich Meldung erstatten, wenn ihm in Liechtenstein die Bewilligung zur Geschäftstätigkeit entzogen worden ist.

#### **B. Niederlassung**

##### **1. Voraussetzungen der Geschäftstätigkeit in der Schweiz**

Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit in der Schweiz mittels einer Niederlassung ist nur zulässig, wenn die liechtensteinische Aufsichtsbehörde der schweizerischen Aufsichtsbehörde folgende Angaben und Bestätigungen macht:

- a) dass das Versicherungsunternehmen in Liechtenstein zur Versicherungstätigkeit zugelassen ist und dass es eine in Liechtenstein zulässige Rechtsform aufweist;
- b) dass das Versicherungsunternehmen berechtigt ist, in der Schweiz eine Niederlassung zu errichten;
- c) Vorlage eines Tätigkeitsplans, in dem insbesondere die geplante Geschäftstätigkeit und die Organisation der Niederlassung angegeben werden;
- d) Name und Anschrift der Niederlassung;
- e) Name des Generalbevollmächtigten der Niederlassung, der mit ausreichender Vollmacht versehen ist;
- f) dass das Versicherungsunternehmen über die zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne erforderlichen Eigenmittel verfügt;



- g) Vorlage einer Erklärung, dass das Versicherungsunternehmen
- in der Schweiz Mitglied des nationalen Versicherungsbüros und des nationalen Garantiefonds geworden ist,
  - vom Versicherungsnehmer den Unfallverhütungsbeitrag nach Artikel 1 Absatz 3 des Unfallverhütungsbeitragsgesetzes vom 25. Juni 1976 erhebt und ihn dem Schweizerischen Fonds für Unfallverhütung im Strassenverkehr überweist,
- sofern es die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung zu tätigen beabsichtigt.

## **2. Allgemeininteresse**

Die schweizerische Aufsichtsbehörde gibt innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der vorerwähnten Mitteilung der liechtensteinischen Aufsichtsbehörde und dem Versicherungsunternehmen die Bedingungen an, die für die Ausübung dieser Tätigkeit in der Schweiz aus Gründen des Allgemeininteresses gelten.

## **3. Aufnahme der Geschäftstätigkeit**

<sup>1</sup> Die Niederlassung kann ihre Tätigkeit in der Schweiz aufnehmen, sobald ihr die sich aus dem Allgemeininteresse ergebenden Ausübungsbedingungen zur Kenntnis gebracht worden sind, spätestens nach Ablauf der vorgehend erwähnten Frist von zwei Monaten.

<sup>2</sup> Änderungen der in der Mitteilung der liechtensteinischen Aufsichtsbehörde enthaltenen Angaben hat das Versicherungsunternehmen spätestens einen Monat vor deren Durchführung der schweizerischen und der liechtensteinischen Aufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen.

## **C. Dienstleistungsverkehr**

### **1. Bewilligung**

<sup>1</sup> Will ein Versicherungsunternehmen im Dienstleistungsverkehr Versicherungen in der Schweiz abschliessen, so ist die Aufnahme und Ausübung einer solchen Tätigkeit nur zulässig, wenn die liechtensteinische Aufsichtsbehörde der schweizerischen Aufsichtsbehörde folgende Angaben und Bestätigungen macht:

- a) eine Bescheinigung, wonach das Versicherungsunternehmen für alle seine Tätigkeiten über die erforderliche Solvabilitätsspanne verfügt und ausserhalb Liechtensteins tätig sein darf;
- b) eine Bescheinigung über die Versicherungszweige, die das Versicherungsunternehmen betreiben darf;

- c) eine Aufstellung über Art und Natur der Risiken, die das Versicherungsunternehmen in der Schweiz decken will.

<sup>2</sup> Das Versicherungsunternehmen kann seine Tätigkeit in der Schweiz von dem Zeitpunkt an aufnehmen, da die schweizerische Aufsichtsbehörde im Besitz der vorerwähnten Unterlagen ist.

<sup>3</sup> Will ein Versicherungsunternehmen die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung betreiben, so muss es:

- a) einen in der Schweiz ansässigen Vertreter ernennen, dem die Abwicklung von Schadenfällen obliegt;
- b) dem nationalen Versicherungsbüro und dem nationalen Garantiefonds in der Schweiz beitreten und sich an der Finanzierung dieser Institutionen beteiligen;
- c) vom Versicherungsnehmer den Unfallverhütungsbeitrag nach Artikel 1 Absatz 3 des Unfallverhütungsbeitragsgesetzes vom 25. Juni 1976 erheben und ihn dem Schweizerischen Fonds für Unfallverhütung im Strassenverkehr überweisen.

## **2. *Berichterstattung***

Jedes Versicherungsunternehmen muss der liechtensteinischen Aufsichtsbehörde für im Dienstleistungsverkehr abgeschlossene Geschäfte nach Versicherungszweig Bericht erstatten. Die liechtensteinische Aufsichtsbehörde teilt diese Angaben auf Antrag hin der schweizerischen Aufsichtsbehörde mit.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT ON DIRECT INSURANCE BETWEEN THE SWISS CONFEDERATION AND THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN

The Swiss Federal Council and His Serene Highness the Reigning Prince von und zu Liechtenstein,  
Mindful of the close, friendly relations between Switzerland and Liechtenstein,

Desiring to strengthen the economic relations existing in the insurance sector between the two Contracting Parties and to promote the harmonious development of such relations, while maintaining fair conditions of competition and ensuring the protection of insured persons,

Having regard to the fact that Liechtenstein has, since 1 May 1995, participated in the Agreement on the European Economic Area (EEA) and that, on 1 January 1996, an Insurance Supervision Act (VersAG) entered into force,

Having regard also to the existing equivalence, taking into account the provisions of the present Agreement, of supervisory law in the field of direct insurance of Switzerland and Liechtenstein,

Resolved to remove the obstacles to the taking up and pursuit of the business of direct insurance on the territories of Switzerland and Liechtenstein on the basis of reciprocity and non-discrimination, thereby establishing freedom of establishment and freedom to provide services between the two States and confined to their respective territories,

Have agreed to conclude the present Agreement in pursuit of these objectives and have designated as their plenipotentiaries for this purpose:

For the Swiss Federal Council:

Jean-Pascal Delamuraz, President of the Swiss Confederation

His Serene Highness the Reigning Prince von und zu Liechtenstein

Michael Ritter, Regierungsrat

Who, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed as follows.

A. Basic provisions

*Article 1. Purpose of the Agreement*

The Agreement is intended to regulate, on the basis of reciprocity, conditions that are necessary and sufficient to enable insurance undertakings which have their head office on the territory of one Contracting Party to have the freedom of establishment and the freedom to provide services in respect of direct insurance activities on the territory of the other Contracting Party.

*Article 2. Material scope*

The present Agreement shall apply to insurance undertakings in the field of direct insurance which have their head office on the territory of the Contracting Parties and which, in accordance with their respective national laws, are subject to the supervision of private insurance undertakings (insurance supervision).

*Article 3. Territorial scope*

The present Agreement shall apply to the territory of Switzerland and Liechtenstein.

B. Approval and vesting conditions

*Article 4. Determination of equivalence*

(1) The Contracting Parties declare by common accord that their legal systems in the field of insurance supervision law, taking into account the provisions of the present Agreement, include equivalent rules in respect of:

(a) Protection of insured persons;

(b) Approval and pursuit of business activities by direct insurance undertakings;

(c) Supervision of the business activities of private insurance undertakings by the insurance supervisory authority;

(d) Measures provided for by law in the event of insolvency, infringements of legal rules and official orders and in the event of other irregularities in the business activities of private insurance undertakings.

(2) This determination shall be effective as of the date of signature of the present Agreement. It shall be reviewed in accordance with the procedure laid down in article 11 whenever national law is amended.

*Article 5. Country of establishment principle*

(1) Insurance undertakings with their head office on the territory of a Contracting Party may conduct insurance business on the territory of the other Contracting Party through a branch or by way of provision of services.

(2) The conditions necessary to supplement national law are specified in the annex.

*Article 6. Application of national law*

The national law of the Contracting Parties shall apply to matters not covered by the present Agreement, and also to matters falling within the scope of the present Agreement to the extent that they are not governed by the Agreement.

C. Performance of the Agreement

*Article 7. Cooperation between supervisory authorities*

(1) The insurance supervisory authorities of the Contracting Parties shall cooperate in the conduct of insurance supervision by direct contact.

(2) They shall provide each other with all documents and information relevant to the exercise of supervision and shall undertake to use the information exchanged only for the purpose of carrying out their supervisory tasks.

(3) The supervisory authorities shall not be obliged to communicate information which would disclose a trade secret of the insurance undertaking concerned or the communication of which would be contrary to public policy.

*Article 8. Joint Commission*

(1) A Joint Commission is hereby established, composed of representatives of the Contracting Parties, which shall be responsible for the implementation of the Agreement and shall take decisions in the cases provided for in the Agreement. The Commission shall act by common accord.

(2) For the smooth implementation of the Agreement, the Contracting Parties shall exchange information and, at the request of either Contracting Party, shall hold consultations within the Joint Commission.

(3) The Joint Commission shall adopt its own rules of procedure.

(4) The Joint Commission shall be chaired alternately by the two Contracting Parties in accordance with the rules of procedure. The Joint Commission shall be convened by its Chair at the request of either Contracting Party and in accordance with its rules of procedure, as often as required.

(5) The Joint Commission may set up working groups to assist it in carrying out its tasks.

*Article 9. Settlement of disputes*

(1) In the event of a dispute between the Contracting Parties concerning the interpretation or implementation of the present Agreement which cannot be resolved either by way of the cooperation between the supervisory authorities provided for in article 7 or by the Joint Commission provided for in article 8, the Contracting Parties shall consult each other through the diplomatic channel.

(2) If the dispute cannot be settled in this way, it shall, at the request of one or other of the Contracting Parties, be submitted to an arbitral tribunal composed of three members. This arbitral tribunal may be engaged no earlier than six months after the date of the first referral to the Joint Commission referred to in article 8, unless the Contracting Parties decide by mutual agreement to refer their dispute to the said arbitral tribunal before the expiry of that period. Each Contracting Party shall appoint an arbitrator. The two arbitrators appointed shall elect an umpire, who shall not be a national of Switzerland or Liechtenstein.

(3) If one of the Contracting Parties fails to appoint an arbitrator and does not comply with the request addressed to it by the other Party to make such appointment within two months, the arbitrator shall, at the request of the latter Party, be appointed by the President of the International Court of Justice.

(4) If the two arbitrators are unable to agree on the choice of an umpire within two months of their appointment, the umpire shall, at the request of one of the Parties, be appointed by the President of the International Court of Justice.

(5) If the President of the International Court of Justice is prevented from acting in the cases provided for in paragraphs 3 and 4 of the present article, or if he or she is a national of Switzerland or Liechtenstein, the appointments shall be made by the Vice-President. If the latter is prevented from acting, or if he or she is a national of Switzerland or Liechtenstein, the appointments shall be made by the most senior member of the Court who is not a national of Switzerland or Liechtenstein.

(6) Unless the Contracting Parties decide otherwise, the arbitral tribunal shall determine its own rules of procedure. The tribunal shall reach its decisions by majority vote.

(7) These decisions by the arbitral tribunal shall be binding on the Contracting Parties.

D. Final provisions

*Article 10. Relations with third countries*

The present Agreement shall not affect the relationship of insurance undertakings established on the territories of the Contracting Parties with the countries of the European Union or, as the case may be, the European Economic Area, and also with other countries and vice versa.

*Article 11. Development of the national legal system*

(1) The present Agreement shall not affect the right of the Contracting Parties to amend their national legal provisions in the fields covered by the present Agreement, in accordance with the principle of non-discrimination and after informing the other Contracting Party.

(2) Each Contracting Party shall inform the other Contracting Party, through the Joint Commission, as early as possible and no later than two months before the entry into force, of any envisaged amendment to its national legal provisions in the fields covered by the present Agreement.

(3) The Joint Commission shall examine the impact of such amendments on the proper functioning of the present Agreement. The Joint Commission shall recommend possible amendments to the present Agreement and adopt amendments to the annex to the Agreement as appropriate. These decisions shall be confirmed by the exchange of diplomatic notes.

*Article 12. Revision of the Agreement*

If a Contracting Party wishes to revise the present Agreement, it shall request the other Contracting Party to open negotiations to that effect. This request shall be transmitted through the diplomatic channel.

*Article 13. Denunciation of the Agreement*

Either Contracting Party may denounce the present Agreement at any time by notifying the other Contracting Party. The present Agreement shall cease to have effect 12 months after the date of such notification.

*Article 14. Annex*

The annex attached to the present Agreement shall form an integral part of the Agreement.

*Article 15. Entry into force*

(1) The present Agreement requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Bern.

(2) The Agreement shall enter into force upon the exchange of the instruments of ratification.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries have signed the present Agreement.

DONE at Bern on 19 December 1996, in duplicate in the German language.

For the Swiss Confederation:

JEAN-PASCAL DELAMURAZ

For the Principality of Liechtenstein:

MICHAEL RITTER

## ANNEX: SUPERVISION BASED ON THE COUNTRY OF ESTABLISHMENT PRINCIPLE

### I. General

#### 1. Authorization

The authorization granted by one Contracting Party for the insurance activity shall be valid for the territory of both Contracting Parties, provided that the following conditions are fulfilled.

#### 2. Definitions

(1) For the purposes of the present Agreement, “country of establishment” means the Contracting Party on whose territory an insurance undertaking has its head office.

(2) For the purposes of the present Agreement, “host country” means the Contracting Party on whose territory an insurance undertaking conducts its business by way of the provision of services or through a branch without having its head office in that country.

(3) For the purposes of the present Agreement, “branch” means an agency, branch establishment or office managed by the insurance undertaking’s own staff or managed on a permanent basis by an independent person on behalf of the insurance undertaking in the same way as an agency.

(4) For the purposes of the present Agreement, the provision of services means the provision of cover by an insurance undertaking from its country of establishment for risks arising on the territory of the other Contracting Party, where the undertaking does not make use of a branch on that territory.

(5) For the purposes of the present Agreement, Liechtenstein insurance undertakings means insurance undertakings that have their head office in Liechtenstein.

(6) For the purposes of the present Agreement, Swiss insurance undertakings mean insurance undertakings that have their head office in Switzerland.

#### 3. Exclusive competence of the supervisory authority of the country of establishment

(1) The financial supervision of an insurance undertaking, including the activities that it carries on through branches and in the provision of services, shall lie within the exclusive competence of the supervisory authority of the country of establishment.

(2) Financial supervision shall cover in particular, with regard to the entire business of the insurance undertaking, the verification of its solvency and the verification of the establishment of technical provisions and of the assets covering them.

#### 4. On-site inspections

(1) The supervisory authority of the country of establishment may, after informing the supervisory authority of the host country, itself or through its representatives, carry out on-site inspections necessary for the exercise of its financial supervision over the undertakings under its responsibility.

(2) The supervisory authority of the host country may participate in these inspections.

#### 5. Technical provisions

Every insurance undertaking shall establish adequate technical provisions for its business on the territories of the Contracting Parties and cover these with assets.

#### 6. Safeguarding measures

The safeguarding measures provided for in the supervisory law of a Contracting Party shall also apply if insured persons of the other Contracting Party are affected.

#### 7. Stock transfer

(1) Where an insurance undertaking transfers all or part of a portfolio of insurance contracts which it has underwritten in the host country, either through a branch or by way of provision of services, to an insurance undertaking in the host country, only the permission of the supervisory authority of the country of establishment shall be required.

(2) Permission shall be granted if evidence is furnished, by means of a certificate issued by the supervisory authority of the host country, that the concessionary insurance undertaking will, after the transfer, possess own funds equivalent to the solvency margin and if the interests of the insured persons are safeguarded.

#### 8. Failure to comply with the legal provisions of the host country

(1) If an insurance undertaking fails to comply with the legal provisions of the host country, the supervisory authority of the country of establishment shall, at the request of the supervisory authority of the host country, require the insurance undertaking to take all appropriate measures to put an end to the irregularities.

(2) In the event of persistent breaches, the supervisory authority of the host country may, after informing the supervisory authority of the country of establishment, prohibit the insurance undertaking in the host country from continuing its business activities and order it to take all necessary measures.

## II. Business activities of Swiss insurance undertakings in Liechtenstein

### A. Basic principle

Swiss insurance undertakings may conduct insurance business in Liechtenstein through a branch or in the provision of services in accordance with the following provisions without additional authorization. In Liechtenstein, they shall be subject to the same provisions as insurance undertakings whose head office is in an EEA State.

### B. Branches

#### 1. Requirements for doing business in Liechtenstein

(1) The insurance undertaking must notify the Swiss supervisory authority of the intended establishment of a branch in Liechtenstein.

(2) This notification must include:

(a) Information on which classes of insurance are to be provided and which risks of a class of insurance are to be covered, with a description of the insurance cover;

(b) Estimates for the first three financial years relating to commissions payable and other administrative expenses, premium income, claims incurred and the liquidity situation;

(c) Statements for the first three financial years concerning the financial resources available to cover the commitments and the solvency margin;

(d) Estimated costs of setting up the administration and the network of representatives and the resources available for this purpose (organization fund);

(e) Information on the organizational structure of the branch;

(f) Name of the designated general agent, who possesses sufficient powers;

(g) Branch name and address;

(h) Submission of a declaration to the effect that the undertaking has become a member of the national insurance bureau and the national guarantee fund in Liechtenstein if it intends to transact motor vehicle third party insurance.

#### 2. Procedures

(1) Within three months of receipt of the above information, the Swiss supervisory authority shall verify, in addition to the legal permissibility of the operation, the adequacy of the administrative structures and the financial situation of the undertaking and the fulfilment of the conditions relating to the general agent and the management.

(2) If there are no grounds for objection, it shall communicate the same information and confirmations to the Liechtenstein supervisory authority under the same conditions as the supervisory authorities of the EEA countries.

(3) The insurance undertaking must notify the Swiss supervisory authority in writing of any amendments to the above-mentioned information at least one month before they are implemented.

### C. Services

#### 1. Authorization

(1) If an insurance undertaking wishes to provide services, it must notify the Swiss supervisory authority accordingly. At the same time, it must be stated which classes of insurance are to be provided in Liechtenstein and which risks are to be covered.

(2) The Swiss supervisory authority shall examine the legal permissibility of the operation within one month of receipt of the required information.

(3) If there are no grounds for objection, it shall communicate the same information and confirmations to the Liechtenstein supervisory authority under the same conditions as the supervisory authorities of the EEA countries.

#### 2. Reporting

Each insurance undertaking must report to the Swiss supervisory authority on transactions concluded in the course of the provision of services by class of insurance. The Swiss supervisory authority shall communicate this information to the Liechtenstein supervisory authority upon request.



### III. Business activities of insurance undertakings of Liechtenstein in Switzerland

#### A. General provisions

##### 1. Basic principle

Insurance undertakings of Liechtenstein may conduct insurance business in Switzerland through a branch office or by providing services without an additional authorization, provided that the following conditions are met.

##### 2. Customer information

The insurance undertakings of Liechtenstein are subject to the same notification requirements in Switzerland as in Liechtenstein.

##### 3. Withdrawal of authorization

An insurance undertaking must immediately notify the Swiss supervisory authority if its authorization to conduct business in Liechtenstein has been withdrawn.

#### B. Branches

##### 1. Requirements for doing business in Switzerland

The commencement of business activities in Switzerland by means of a branch office shall only be approved if the supervisory authority of Liechtenstein provides the following information and confirmations to the Swiss supervisory authority:

(a) That the insurance undertaking is licensed to conduct insurance business in Liechtenstein and that it has a legal form approved in Liechtenstein;

(b) That the insurance undertaking is entitled to establish a branch in Switzerland;

(c) Submission of an activity plan indicating in particular the planned business activity and the organization of the branch;

(d) Branch name and address;

(e) Name of the designated general agent, who possesses sufficient powers;

(f) That the insurance undertaking possesses the own funds necessary to cover the solvency margin;

(g) Submission of a declaration that the insurance undertaking:

— Has become a member of the national insurance bureau and the national guarantee fund in Switzerland,

— Collects the accident prevention contribution from the policyholder in accordance with article 1, paragraph 3, of the Accident Prevention Contribution Act of 25 June 1976 and transfers it to the Swiss Road Accident Prevention Fund, if it intends to transact motor vehicle third party insurance.

##### 2. Interest of the general good

The Swiss supervisory authority shall, within two months of receipt of the aforementioned notification, indicate to the supervisory authority of Liechtenstein and to the insurance undertaking the conditions which, in the interest of the general good, apply to the pursuit of such activity in Switzerland.

##### 3. Commencement of business

(1) The branch may commence its activities in Switzerland as soon as it has been made aware of the vesting conditions that arise from the interest of the general good, at the latest on expiry of the two-month period referred to above.

(2) The insurance undertaking must notify the supervisory authorities of Switzerland and Liechtenstein in writing of any amendments to the information included in the notification from the supervisory authority of Liechtenstein no later than one month prior to their implementation.

#### C. Services

##### 1. Authorization

(1) If an insurance undertaking wishes to conclude insurance policies in Switzerland in the course of the provision of services, the taking up and pursuit of such activities shall only be approved if the supervisory authority of Liechtenstein communicates the following information and confirmations to the Swiss supervisory authority:

(a) Certificate to the effect that the insurance undertaking has the necessary solvency margin for all its activities and is authorized to operate outside Liechtenstein;

(b) Certificate specifying the classes of insurance that the insurance undertaking is authorized to transact;

(c) Statement of the nature and type of risks that the insurance undertaking intends to cover in Switzerland.

(2) The insurance undertaking may commence activities in Switzerland from the moment that the Swiss supervisory authority is in possession of the aforementioned documents.

(3) If an insurance undertaking wishes to provide motor vehicle third party insurance, it must:

(a) Appoint a representative established in Switzerland who is responsible for handling claims;

(b) Join the national insurance bureau and the national guarantee fund in Switzerland and contribute to the financing of these institutions;

(c) Collect the accident prevention contribution from the policyholder in accordance with article 1, paragraph 3, of the Accident Prevention Contribution Act of 25 June 1976 and transfer this to the Swiss Road Accident Prevention Fund.

## 2. Reporting

Each insurance undertaking must report to the supervisory authority of Liechtenstein on transactions concluded in the course of the provision of services by class of insurance. The supervisory authority of Liechtenstein shall communicate this information upon request to the Liechtenstein supervisory authority.

[TRANSLATION – TRADUCTION]<sup>1</sup>

Traduction 1  
Accord  
sur l'assurance directe  
entre la Confédération suisse et  
la Principauté de Liechtenstein

Conclu le 19 décembre 1996  
Approuvé par l'Assemblée fédérale le 21 mars 1997<sup>2</sup> Instruments de ratification échangés le 9 juillet 1998  
Entré en vigueur le 9 juillet 1998  
(Etat le 30 janvier 2001)

0.961.514

Le Conseil fédéral suisse et  
Son Altesse Sérénissime le Prince Régnant de Liechtenstein,  
considérant les relations étroites et de bon voisinage qui existent entre la Suisse et le Liechtenstein;  
désireux de consolider les relations économiques existant dans ce domaine entre les deux Parties et de  
promouvoir, dans le respect de conditions de concurrence équitables, le développement harmonieux de ces  
relations, tout en garantissant la protection des assurés;  
compte tenu du fait que le Liechtenstein est membre de l'Espace Economique Européen (EEE) depuis le  
1<sup>er</sup> mai 1995 et que sa loi sur la surveillance des assurances (Versicherungsaufsichtsgesetz/VAG) est entrée en  
vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1996;  
vu l'équivalence du droit en matière de surveillance des assurances directes, qui existe entre la Suisse et le  
Liechtenstein, compte tenu des dispositions du présent Accord;  
résolus à éliminer, sur une base de réciprocité et de non-discrimination, les obstacles à l'accès à l'activité de  
l'assurance directe et à son exercice sur le territoire de la Suisse et du Liechtenstein et à introduire ainsi la  
liberté d'établissement et la libre prestation de services, limitées à leurs deux territoires;  
sont convenus, dans la poursuite de ces objectifs, de conclure le présent Accord et ont désigné à cet effet  
comme plénipotentiaires:  
le Conseil fédéral suisse:  
Jean-Pascal Delamuraz, Président de la Confédération  
son Altesse Sérénissime le Prince Régnant de Liechtenstein:  
Michael Ritter, Ministre  
lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,  
sont convenus des dispositions suivantes:

RO 2001 175; FF 1997 II 1

<sup>1</sup> Translation provided by the Government of Switzerland – Traduction fournie par le Gouvernement suisse.

- 1 Le texte original est publié, sous le même chiffre, dans l'édition allemande du présent recueil.
- 2 RO 2001 174

## A. Dispositions générales

### Art. 1 Objectif de l'Accord

Le présent Accord a pour objet de fixer, sur une base de réciprocité, les conditions nécessaires et suffisantes pour garantir aux entreprises d'assurance dont le siège social se trouve sur le territoire de l'une des Parties contractantes la liberté d'établissement et la libre prestation de service en matière d'assurance directe sur le territoire de l'autre Partie contractante.

### Art. 2 Champ d'application matériel

Le présent Accord s'applique aux entreprises actives dans le domaine de l'assurance directe, dont le siège social se trouve sur le territoire d'une Partie contractante et qui sont soumises, en vertu de la législation interne en vigueur, à la surveillance des assurances privées.

### Art. 3 Champ d'application territorial

Le présent Accord s'applique aux territoires de la Suisse et du Liechtenstein.

## B. Conditions d'accès et d'exercice

### Art. 4 Constatation de l'équivalence

1 Les Parties contractantes constatent que leurs droits respectifs en matière de surveillance des assurances, compte tenu des dispositions du présent Accord, contiennent une réglementation équivalente en ce qui concerne:

- a) la protection des assurés;
- b) l'agrément des entreprises et l'exercice de leur activité;
- c) le contrôle qu'exerce l'autorité de surveillance sur les activités des entreprises d'assurance privées;
- d) les mesures légales prévues en cas d'insolvabilité ou d'infraction aux règles de droit et aux décisions administratives, ainsi que pour toutes autres irrégularités commises par les entreprises d'assurance dans l'exercice de leurs activités.

2 Ce constat est valable au moment de la signature du présent Accord. Il doit être réexaminé lors de toute modification du droit interne selon la procédure énoncée à l'art. 11.

### Art. 5 Principe du pays du siège

1 Les entreprises d'assurance qui ont leur siège social sur le territoire d'une Partie contractante peuvent exercer leur activité sur le territoire de l'autre Partie contractante par l'intermédiaire d'un établissement ou en régime de libre prestation de services.

2 Les dispositions nécessaires pour compléter le droit interne sont contenues dans l'annexe.

### Art. 6 Application du droit interne

Le droit en vigueur dans chaque Partie contractante est applicable aux points qui ne sont pas régis par le présent Accord ainsi qu'aux questions qui relèvent de points régis par le présent Accord, dans la mesure où elles ne sont pas réglées par cet Accord.

## C. Mise en œuvre de l'Accord

### Art. 7 Collaboration entre autorités de surveillance

1 Les autorités de surveillance des assurances des Parties contractantes collaborent directement dans leurs tâches de surveillance.

2 Elles se communiquent tous documents et renseignements utiles à l'exercice de la surveillance et s'engagent à n'utiliser les informations ainsi échangées que pour accomplir leur mission de surveillance.

3 Les autorités de surveillance ne sont pas tenues de transmettre des renseignements qui révéleraient un secret d'affaires des entreprises d'assurance concernées, ou dont la communication serait contraire à l'ordre public.

### Art. 8 Commission mixte

1 Il est institué une commission mixte, composée de représentants des Parties contractantes, qui est chargée de l'application de l'Accord et, dans les cas prévus par celui-ci, de prendre des décisions. La commission agit d'un commun accord.

2 Aux fins de la bonne exécution de l'Accord, les Parties contractantes procèdent à des échanges d'informations et, à la demande de l'une d'elles, se consultent au sein de la commission mixte.

3 La commission mixte établit son règlement interne.

4 La présidence de la commission mixte est exercée à tour de rôle par chacune des Parties contractantes selon des modalités à prévoir dans le règlement interne. A la demande de l'une des Parties contractantes et dans des conditions à prévoir dans le règlement interne, la commission mixte se réunit sur convocation de son président chaque fois qu'une nécessité particulière le requiert.

5 La commission mixte peut constituer tout groupe de travail propre à l'assister dans l'accomplissement de ses tâches.

### Art. 9 Règlement des différends

1 Si un différend vient à surgir entre les Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'exécution du présent Accord et que ce différend ne puisse être réglé ni par la collaboration entre autorités de surveillance, visée à l'art. 7, ni par la commission mixte, visée à l'art. 8, les Parties contractantes se consultent par la voie diplomatique.

2 Si le différend n'a pu être réglé par cette voie, il sera soumis, à la requête de l'une ou de l'autre des parties, à un tribunal arbitral de trois membres. Ce tribunal pourra être saisi, au plus tôt, après un délai de six mois la première saisine de la commission mixte visée à l'art. 8, à moins que les parties ne conviennent d'un commun accord de soumettre, avant l'expiration de ce délai, leur différend audit tribunal. Chaque partie désignera un arbitre. Les deux arbitres ainsi désignés nommeront un sur-arbitre qui ne devra être ressortissant ni de la Suisse ni du Liechtenstein.

3 Si l'une des Parties contractantes n'a pas désigné son arbitre et qu'elle n'a pas donné suite à l'invitation adressée par l'autre partie de procéder dans les deux mois à cette désignation, l'arbitre sera nommé, à la requête de cette partie, par le Président de la Cour internationale de justice.

4 Si les deux arbitres ne peuvent se mettre d'accord sur le choix d'un surarbitre dans les deux mois suivant leur désignation, celui-ci sera nommé, à la requête de l'une des parties, par le Président de la Cour internationale de justice.

5 Si, dans les cas prévus au al. 3 et 4 du présent article, le Président de la Cour internationale de justice est empêché ou s'il est ressortissant de la Suisse ou du Liechtenstein, les nominations seront faites par le Vice-président. Si celui-ci est empêché ou s'il est ressortissant de la Suisse ou du Liechtenstein, les nominations seront faites par le membre le plus ancien de la Cour qui n'est ressortissant ni de la Suisse ni du Liechtenstein.

6 A moins que les Parties contractantes n'en disposent autrement, le tribunal fixe lui-même ses règles de procédure. Il prend ses décisions à la majorité des voix.

7 Les décisions du tribunal sont obligatoires pour les Parties contractantes.

#### D. Dispositions finales

##### Art. 10 Relations avec les pays tiers

Le présent Accord ne modifie en rien les relations des entreprises d'assurance ayant leur siège social sur le territoire d'une Partie contractante avec les pays de l'Union européenne ou de l'Espace Economique Européen, ou avec d'autres pays, et vice-versa.

##### Art. 11 Evolution du droit interne

1 Le présent Accord ne préjuge pas du droit de chaque Partie contractante de modifier sa législation interne de façon autonome sur un point régi par le présent Accord,

pour autant qu'elle respecte le principe de la non-discrimination et qu'elle en ait informé l'autre Partie contractante.

2 Par l'intermédiaire de la commission mixte, chaque Partie contractante informe l'autre Partie contractante des modifications qu'elle entend apporter à sa législation interne sur les points régis par le présent Accord, le plus rapidement possible, mais au plus tard dans les deux mois qui précèdent leur entrée en vigueur.

3 La commission mixte étudie les conséquences de ces modifications sur le bon fonctionnement de l'Accord. Elle recommande d'éventuelles modifications de cet Accord et décide, le cas échéant, d'en modifier l'annexe. Ces décisions doivent être confirmées dans un échange de notes diplomatiques.

##### Art. 12 Révision de l'Accord

Si une Partie contractante désire réviser le présent Accord, elle demande à l'autre Partie contractante d'ouvrir des négociations à cet effet. Cette demande est présentée par la voie diplomatique.

##### Art. 13 Dénonciation

Chaque Partie contractante peut à tout moment dénoncer le présent Accord par notification à l'autre Partie contractante. L'Accord cesse d'être en vigueur douze mois après la date de la notification.

##### Art. 14 Annexe

L'annexe du présent Accord fait partie intégrante de celui-ci.

##### Art. 15 Entrée en vigueur

1 Le présent Accord est soumis à la ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Berne.

2 Le présent Accord entrera en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés ont signé le présent Accord. Fait à Berne, en double exemplaire en langue allemande, le 19 décembre 1996.

Pour la	Pour la
Confédération suisse:	Principauté de Liechtenstein:
Jean-Pascal Delamuraz	Michael Ritter

## Annexe

### Surveillance selon le principe du pays du siège

#### I. Généralités

##### 1. Agrément

L'agrément donné par une Partie contractante pour exercer l'activité d'assurance est valable pour le territoire des deux Parties contractantes dans la mesure où les conditions ci-après sont remplies.

##### 2. Définitions

1 Le pays du siège, au sens du présent Accord, désigne la Partie contractante sur le territoire de laquelle une entreprise a son siège social.

2 Le pays d'activité, au sens du présent Accord, désigne la Partie contractante sur le territoire de laquelle une entreprise exerce son activité en régime de libre prestation de services ou par l'intermédiaire d'un établissement, sans y avoir son siège social.

3 Par établissement, au sens du présent Accord, on entend une agence, une succursale ou un bureau géré comme une agence et de manière durable par du personnel de l'entreprise d'assurance ou par une personne indépendante mandatée par elle.

4 Il y a libre prestation de service, au sens du présent Accord, lorsqu'une entreprise couvre, à partir du pays où elle a son siège social, des risques situés sur le territoire de l'autre Partie contractante sans passer par un établissement.

5 On entend par entreprise d'assurance du Liechtenstein, au sens du présent Accord, toute entreprise d'assurance qui a son siège social au Liechtenstein.

6 On entend par entreprise d'assurance suisse, au sens du présent Accord, toute entreprise d'assurance qui a son siège social en Suisse.

##### 3. Compétence exclusive de l'autorité de surveillance du pays du siège

1 La surveillance financière d'une entreprise d'assurance, y compris de ses activités exercées par l'intermédiaire d'un établissement ou en régime de libre prestation de service, relève de la compétence exclusive de l'autorité de surveillance du pays du siège.

2 La surveillance financière comprend notamment l'examen, pour l'ensemble des affaires de l'entreprise d'assurance, de son état de solvabilité, de la constitution de provisions techniques et des actifs représentatifs.

##### 4. Inspections sur place

1 Lorsqu'une entreprise d'assurance exerce son activité par l'intermédiaire d'un établissement, l'autorité de surveillance du pays du siège peut, après en avoir informé l'autorité de surveillance du pays d'activité, effectuer elle-même ou par l'inter-

médiaire de personnes mandatées à cet effet les inspections sur place nécessaires à la surveillance financière de l'entreprise.

2 L'autorité de surveillance du pays d'activité peut participer à ces inspections.

#### 5. Provisions techniques

Chaque entreprise d'assurance doit constituer des provisions techniques suffisantes pour les activités qu'elle exerce sur le territoire des deux Parties contractantes et les couvrir par des actifs représentatifs.

#### 6. Mesures conservatoires

Les mesures conservatoires que prévoit une Partie contractante dans sa législation sont également applicables lorsque les assurés de l'autre Partie contractante sont concernés.

#### 7. Transfert de portefeuille

1 Lorsqu'une entreprise d'assurance transfère à un cessionnaire du pays d'activité tout ou partie de son portefeuille de contrats conclus par l'intermédiaire d'un établissement ou en régime de libre prestation de services, seule l'autorisation de l'autorité de surveillance du pays du siège est nécessaire.

2 L'autorisation est accordée si une attestation de l'autorité de surveillance du pays d'activité prouve que le cessionnaire dispose, compte tenu du transfert, de capitaux propres équivalant à la marge de solvabilité et si les intérêts des assurés sont sauvegardés.

#### 8. Inobservation des règles de droit du pays d'activité

1 Si une entreprise d'assurance ne respecte pas les règles de droit du pays d'activité, l'autorité de surveillance du pays du siège invite, sur requête de l'autorité de surveillance du pays d'activité, ladite entreprise à mettre fin à cette situation irrégulière par tous les moyens appropriés.

2 Si les irrégularités persistent, l'autorité de surveillance du pays d'activité peut, après en avoir informé l'autorité de surveillance du pays du siège, interdire à l'entreprise de poursuivre ses activités dans le pays d'activité ainsi qu'ordonner toutes les mesures nécessaires.

## II. Activité des entreprises d'assurance suisses au Liechtenstein

### A. Principe

Les entreprises d'assurance suisses peuvent exercer leur activité au Liechtenstein par l'intermédiaire d'un établissement ou en régime de libre prestation de services sans autorisation supplémentaire, pour autant qu'elles se conforment aux prescriptions énoncées ci-après. Au Liechtenstein, elles sont soumises aux mêmes règles que les entreprises ayant leur siège dans un Etat de l'EEE.

### B. Etablissement

#### 1. Conditions de l'activité au Liechtenstein



1 L'entreprise d'assurance doit notifier à l'autorité de surveillance suisse son intention de créer un établissement au Liechtenstein.

2 Cette notification doit contenir les indications suivantes:

- a) les branches d'assurance qui seront pratiquées et les risques qui seront couverts dans chaque branche en indiquant la couverture d'assurance;
- b) les prévisions concernant les commissions et autres frais administratifs, les recettes de primes, les charges pour sinistres et la situation de trésorerie, pour les trois premiers exercices;
- c) les prévisions quant aux moyens financiers disponibles pour couvrir les engagements et la marge de solvabilité pendant les trois premiers exercices;
- d) les coûts prévus pour l'installation des services administratifs et du réseau de distribution, ainsi que les moyens financiers disponibles à cet effet (fonds d'organisation);
- e) des données sur l'organisation de l'établissement;
- f) le nom du mandataire général, doté de pouvoirs suffisants;
- g) le nom et l'adresse de l'établissement;
- h) une déclaration attestant que l'entreprise a adhéré au bureau national et au fonds national de garantie pour autant que l'assurance responsabilité civile pour véhicules à moteur soit envisagée.

## 2. Procédure

1 Dans les trois mois suivant la réception des indications susmentionnées, l'autorité de surveillance suisse vérifie, outre la légalité du projet, l'adéquation des structures administratives, la situation financière de l'entreprise et le respect des exigences concernant le mandataire général et la direction.

2 Si tout est en ordre, elle communique à l'autorité de surveillance du Liechtenstein les indications et attestations que le Liechtenstein exige des pays de l'EEE.

3 L'entreprise d'assurance doit annoncer par écrit à l'autorité de surveillance suisse les modifications affectant les indications ci-dessus au plus tard un mois avant leur application.

## C. Libre prestation de services

### 1. Conditions et procédure

1 Une entreprise d'assurance qui désire exercer son activité en régime de libre prestation de services doit le notifier à l'autorité de surveillance suisse. A cette occasion, elle doit indiquer les branches d'assurance qu'elle envisage de pratiquer au Liechtenstein et les risques qu'elle couvrira.

2 L'autorité de surveillance suisse vérifie la légalité du projet dans le mois suivant la réception des renseignements nécessaires.

3 Si tout est en ordre, elle transmet à l'autorité de surveillance du Liechtenstein les indications et attestations que le Liechtenstein exige des autorités de surveillance des pays membres de l'EEE.

### 2. Rapport

Chaque entreprise doit rendre compte à l'autorité de surveillance suisse des affaires conclues en régime de libre prestation des services, ventilées par branche d'assurance. Sur demande, l'autorité de surveillance suisse transmet ces informations à l'autorité de surveillance du Liechtenstein.

### III. Activité en Suisse des entreprises d'assurance du Liechtenstein

#### A. Dispositions générales

##### 1. Principe

Les entreprises d'assurance du Liechtenstein peuvent exercer leur activité en Suisse par l'intermédiaire d'un établissement ou en régime de libre prestation de services sans autorisation supplémentaire, pour autant qu'elles se conforment aux prescriptions énoncées ci-après.

##### 2. Information des clients

Les entreprises du Liechtenstein sont soumises en Suisse au même devoir de renseigner leurs clients qu'au Liechtenstein.

##### 3. Retrait de l'agrément

Une entreprise doit informer immédiatement l'autorité de surveillance suisse d'un éventuel retrait d'agrément au Liechtenstein.

#### B. Etablissement

##### 1. Conditions de l'activité en Suisse

L'accès à l'activité d'assurance en Suisse par l'intermédiaire d'un établissement n'est autorisé que si l'autorité de surveillance du Liechtenstein fournit à l'autorité de surveillance suisse les indications et attestations suivantes:

- a) que l'entreprise est autorisée à exercer l'activité d'assurance au Liechtenstein et qu'elle a adopté une des formes juridiques qui y sont reconnues;
- b) que l'entreprise a le droit d'ouvrir un établissement en Suisse;
- c) un programme d'activité décrivant notamment les activités envisagées et l'organisation de l'établissement;
- d) les nom et adresse de l'établissement;
- e) le nom du mandataire général, doté de pouvoirs suffisants;
- f) que l'entreprise dispose de capitaux propres suffisants pour couvrir la marge de solvabilité;
- g) une déclaration attestant que l'entreprise:
  - a adhéré en Suisse au bureau national et au fonds national de garantie;
  - perçoit auprès du preneur d'assurance une contribution à la prévention des accidents en vertu de l'art. 1, al. 3, de la loi du 25 juin 1976 sur une contribution à la prévention des accidents<sup>3</sup> et la verse au Fonds suisse pour la prévention des accidents de la route, pour autant qu'elle ait l'intention de pratiquer l'assurance responsabilité civile pour véhicules à moteur.

##### 2. Intérêt général

Dans les deux mois suivant la réception des indications et attestations susmentionnées, l'autorité de surveillance suisse communique à l'autorité de surveillance du Liechtenstein et à l'entreprise d'assurance, les conditions dans lesquelles, pour des raisons d'intérêt général, l'activité doit être exercée en Suisse.

##### 3. Début de l'activité

1 L'établissement peut commencer son activité en Suisse dès que les conditions d'exercice liées à l'intérêt général lui ont été communiquées, mais au plus tard à l'expiration du délai de deux mois susmentionné.

2 L'entreprise doit annoncer par écrit aux autorités de surveillance de Suisse et du Liechtenstein les modifications affectant les indications fournies par l'autorité de surveillance du Liechtenstein, au plus tard un mois avant leur application.

## C. Libre prestation de services

### 1. Conditions et procédure

1 Une entreprise d'assurance qui désire conclure des contrats d'assurance en régime de libre prestation de services en Suisse ne peut accéder à cette activité et l'exercer que si l'autorité de surveillance du Liechtenstein fournit à l'autorité de surveillance suisse les indications et attestations suivantes:

- a) que l'entreprise dispose d'une marge de solvabilité suffisante pour l'ensemble de ses activités et qu'elle est autorisée à exercer son activité en dehors du Liechtenstein;
- b) les branches d'assurance que l'entreprise est habilitée à pratiquer;
- c) la nature des risques que l'entreprise désire couvrir en Suisse.

2 L'entreprise peut commencer à exercer son activité en Suisse à partir du moment où l'autorité de surveillance suisse est en possession de ces documents.

## 3 RS 741.81

3 Une entreprise qui désire pratiquer l'assurance responsabilité civile pour véhicules à moteur doit en outre:

- a) nommer un représentant domicilié en Suisse chargé de la liquidation des sinistres;
- b) adhérer au bureau national et au fonds national de garantie en Suisse et participer à leur financement;
- c) percevoir auprès du preneur d'assurance une contribution à la prévention des accidents en vertu de l'art. 1, al. 3, de la loi du 25 juin 1976 sur une contribution à la prévention des accidents<sup>4</sup> et la verser au Fonds suisse pour la prévention des accidents de la route.

### 2. Rapport

Chaque entreprise doit rendre compte à l'autorité de surveillance du Liechtenstein des affaires conclues en régime de libre prestation de services, ventilées par branche d'assurance. Sur demande, l'autorité de surveillance du Liechtenstein transmet ces informations à l'autorité de surveillance suisse.

4 RS 741.81